

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/29

Hannover, 8. März 1948

## Der große West-Plan

P.R. In diesen Tagen des zu Ende gehenden Winters wächst statt der Hoffnung, wie es natürlich wäre, die Furcht vor einem neuen unausdenkbaren Unglück. Die Umrisse des Gegensatzes zwischen zwei Welten treten immer schärfer hervor, man weiß nicht, ob als Vorspiel eines kriegerischen Zusammenpralls oder nur als Ausdruck einer noch weiter gehenden gegenseitigen Abkapselung, als sie heute schon besteht.

Auf die Ereignisse in Prag und Helsinki folgte, sozusagen als Antwort, der Beschluß von Brüssel, für 50 Jahre einen politischen, wirtschaftlichen und vielleicht auch militärischen Pakt zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten abzuschließen. Anfang April soll, wie man hört, die Zusammenarbeit der Generalstäbe einsetzen. Die nördliche und die südliche Flanke dieser Mächtegruppierung, Skandinavien und Italien, sind zum mindesten einstweilen nicht beteiligt, wohl aber ihr unmittelbares Vorfeld nach Osten, Westdeutschland, dadurch, daß es besetztes Gebiet eben dieser Staaten - und der USA ist.

An diesem Punkt gewinnt das neue Brüsseler Projekt seine eigentliche Bedeutung. Bewingt so weiträumige Vorstellung von der Dritten Kraft im internationalen Spiel - mit Großbritannien und Frankreich und ihren Imperien als tragenden und ihren europäischen Verbündeten und Freunden als helfenden Mächten - würde ohne die amerikanische Rückendeckung schwach bleiben im Vergleich zu den beiden anderen Machtfaktoren, im Verein aber mit der enormen wirtschaftlichen Potenz der USA samt ihren Einflußgebieten stellt sie gerade den Anteil an den vorhandenen Weltkräften dar, der den Ausschlag geben könnte. Voraussetzung dafür ist eine weitgehende Übereinstimmung der geistigen Zielsetzung und eine Organisation, die die Klingen der geographischen und politischen Uneinheitlichkeit aufhebt oder doch entscheidend mildert. In dieser Hinsicht ist man mitten in der Arbeit.

Daß die Vereinigten Staaten bereit sind, diese Rückendeckung zu leisten, ist sicher. Man weiß, daß der defensive Charakter des geplanten Westpaktes sich vor allem auf den russischen "Alliierten" bezieht, während noch in Dinkirchen allein Deutschland als möglicher Angreifer

gedacht war. Der ganze Sinn der Politik Washingtons ist aber die Organisierung eines ausreichenden Schutzes gegen eine sowjetische Aggression, deren letzte Manifestation die Vorstöße in der Tschechoslowakei und in Finnland waren. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Konzeption der britischen Regierung, wenn nicht auf Anregung, dann zum mindesten mit vollem Einverständnis der amerikanischen Regierung zustande gekommen ist. Auch die große amerikanische Hilfe für die süd- und nördlichen Außenpositionen der westeuropäischen Mächtegruppe ist ein klarer Beweis dafür.

Eine weitere Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser internationalen Dritten Kraft, die Einigkeit der sie bildenden Mächte einschließlich der USA über Westdeutschland, ist soeben im Grundsatz errichtet worden, wenn auch die Praxis, wie das zu gehen pflegt, noch mancherlei Schwierigkeiten und Auffassungsunterschiede mit sich bringen mag. Daß die Lösung von unserem Standpunkt aus aus verschiedenen Gründen unbefriedigend ist, hindert nicht, Genugtuung darüber zu empfinden, daß es überhaupt zu einer einigermaßen brauchbaren Einigung kam, auf deren Grundlage man jetzt weiter operieren kann. Eine Wendung in der Grundeinstellung der westlich Alliierten zur Frage des Einbaues Westdeutschlands in ihren großen Plan hat sich ohne Zweifel in den letzten Monaten angebahnt.

Unbestreitbar hat die Bildung einer festgefügtten westeuropäischen Arbeitsgemeinschaft schnelle Fortschritte gemacht, schnellere, als sie der amerikanische Kongreß bei der Behandlung des Marshall-Planes erzielt hat. Das kommt vielleicht auch daher, daß für Europa die gemeinsame Gefahr, die es zu bannen gilt, erheblich näher liegt als für die USA. Alles zusammen aber werden die sichtbaren Anstrengungen der westlichen Welt, ihr Leben und ihre Lebensart zu verteidigen, in der Sätlichen ihren Eindruck kaum verfehlen. Stalin oder Molotow mögen sich scheuen, gerade in diesem Augenblick betönt friedliche Töne anzuschlagen, weil sie fälschlicherweise meinen, das könnte als ein Zeichen der Schwäche angelegt werden. Aber Dimitroff hat dieser Tage ein sehr bestimmtes Bekenntnis seiner Ansicht abgelegt, es werde nicht zu einem Kriege kommen. Es ist wahrscheinlich, daß er seine Ansicht diesmal vorher mit Moskau abgestimmt hat, um auf jeden Fall einen neuen Aufpuff zu vermeiden.

Die Kommunalwahlen in Rußland

B.K. Stockholm, Anfang März

Vor kurzem sind die Ergebnisse der im Januar in der Sowjetunion stattgefundenen Kommunalwahlen bekanntgegeben worden. In allen Sowjetrepubliken wurden auf zwei Jahre die lokalen Organe der Sowjetmacht - die "Räte der Arbeitenden" in den Kreisen, Städten und Landgemeinden (Dörfern) gewählt. Sie wählen dann aus ihrer Mitte die Executiv-Komitees, welche durch ihre 10 bis 12 verschiedenen Abteilungen mit vielen Beamten die kommunalen Angelegenheiten leiten. Führende Person ist überall der Vorsitzende des lokalen Executiv-Komitees (Predispolkoma), der teilweise einen Bürgermeister gleicht. Die lokalen Organe besitzen nur eine geringe Selbständigkeit. Sie sind den höheren Sowjets unterstellt und ein Kreisrat kann jederzeit laut Verfassung die Beschlüsse eines Stadt- oder Gemeinderates aufheben. Überdies werden die lokalen Sowjets auch von der Partei mit Weisungsrecht kontrolliert.

Die Kandidaten werden von der Partei aufgestellt. Es wurden auch diesmal genau so viele Kandidaten aufgestellt als zu wählen waren. Ein Wahlkampf zwischen den Kandidaten fand daher nicht statt. Alle Mittel des Staates und der Partei wurden mobilisiert. Radio, Presse, Veranstaltungen, alles stand seit zwei Monaten im Zeichen der Wahlen. Spezielle Agitatoren besuchten einzeln und in Gruppen mehrmals sämtliche Wohnungen und Wähler. In Riga, der Hauptstadt des okkupierten Lettlands (380.000 Einwohner), waren 18.000 Agitatoren tätig. Zur Agitationsarbeit wurden in großem Umfang auch Nichtkommunisten hinzugezogen.

Kein Wunder, daß nach solchem gewaltigen Druck die Wähler eifrig zu den Wahllokalen strömten, um ihre politische Zuverlässigkeit zu beweisen. Der Prozentsatz der Wahlbeteiligung variierte zwischen 98,7 Prozent und 99,9 Prozent! In allen Republiken wurden diesmal auch Stalin, Wolotow und Schdanow in die Sowjets ihrer Hauptstädte hineingewählt. Sie sind nun Stadtverordnete in 15 Städten, wo sie natürlich niemals an der Kommunalarbeit sich beteiligen werden.

Wie bei allen Wahlen in der Sowjetunion, so wurden auch diesmal viele Parteilose aufgestellt. Die Partei umfaßt nur etwa 6 Prozent der Wähler und sie ist daher lobhaft interessiert, den Wahlen durch Heranziehen von Parteilosen einen pseudo-demokratischen Anstrich zu geben. Faktisch haben die Parteilosen überhaupt keinen Einfluß auf die Kommunalgeschäfte. In den lokalen Sowjets ist die Zahl der Parteilosen größer, als in den Obersten Räten der verschiedenen Republiken, weil es sich ja um weniger wichtige Posten handelt. Bei den Januarwahlen sind im eigentlichen Rußland 53,2 Prozent Parteilose und 46,8 Prozent Kommunisten gewählt worden.

Anders sind die Ergebnisse in den von Rußland okkupierten baltischen Republiken. Die Mehrheit der drei baltischen Völker ist gegen den Anschluß an die Sowjetunion eingestellt und den Kommunisten ge-

lingt es nicht, unter der Bevölkerung festen Fuß zu fassen. Die Partei, stützt sich hauptsächlich auf die Armee und die Polizei. Diese Lage ist auch klar bei den Januarwahlen zutage getreten. In Lettland sind nur 18,2 Prozent und in Litauen sogar bloß 11,6 Prozent Kommunisten gewählt worden. Im letzteren Falle sind also etwa neun Zehntel der Gewählten Parteiloze. Dies wird klar, wenn man weiß, daß in Lettland die Kommunisten bei einer Einwohnerzahl von 1,9 Mill. nur 3.000 Mitglieder zählen, aber 26.939 Mandate zu besetzen waren. Nur in den baltischen Hauptstädten Riga, Vilnius und Tallin ist das Verhältnis etwas günstiger für die Kommunisten, weshalb sie auch in Riga 600 Plätze von den 1.000 Gewählten (60 Prozent) belegen konnten.

### Das bedrohte Kind

O. Z. Genf, im März

In Genf ging dieser Tage eine Konferenz zu Ende, die das notleidende Kind der Welt zum Gegenstande ihrer Beratungen hatte: Das besondere Organ der Vereinten Nationen, benannt United Nations Appeal for Children (UNAC) mit ihrem Generaldirektor Aske Ordving (Norwegen), versammelte die Vertreter der Landeskomitees von 16 Europastäten und die Abgesandten von fast 50 privaten Organisationen, die ein Kindererweiterungswerk durchführen wollen.

Von welchen Körperschaften und damit Bevölkerungsschichten diese Landeskomitees getrieben sind, veranschaulicht, daß neben den charitativen Organisationen es die Handelskammern und Verbände der Genossenschaftsbewegung, die Organisationen der landwirtschaftlichen Produzenten, die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen und auch die Glieder der Interparlamentarischen Union sind, die feste Leistungsanteile übernommen haben. Der Kontakt zu den hauptsächlichsten UNO-Abteilungen läuft über die von Generalsekretär der UNO bestellte Internationales Konsultivkomitee, in dem die bedeutendsten privaten Organisationen vertreten sind.

Schnelle und umfassende Hilfe vor allem, soll das bedrohte Kind doch gerettet werden, klang es aus allen Berichten und Reden der Genfer Zusammenkünfte und darum auch Improvisationen und selbst auf die Gefahr von methodischen Irrtümern und Fehlern. Die Völker selber, jeden Mann jede Frau anzusprechen zu diesem Rettungswerk, das ist die Idee, die das Opfer eines Tagesverdienstes für den zu schaffenden Kinderhilfsfonds fordert. Wo schon die Kampagne hierfür eingesetzt hat, wird der Tagesverdienst der 29. Februar abgeführt werden; insgesamt aber wird diese Aktion bis Ende Mai laufen. Eine weitergehende Absicht ist nach den Vorlegungen einer offiziellen Pressekonferenz, nach Abschluß der UNAC-Verhandlungen über die Hilfe für das bedrohte Kind die Völker zu mobilisieren für eine Sicherung des Friedens auf der internationalen Freundschaft durch Druck auf Unterstützung ihrer Regierungen.

Die Gegenwartsbilanz für das Kind "unserer Zeit" ist: 460 Mill. unterernährte Kinder, 230 Mill. unmittelbar von Hunger und bedrohte Kin-

der in der ganzen Welt, wo der Krieg getobt und seine Ertrümmerhaufen gelassen hat! Auch wenn man sie zu einem Teile noch zu retten vermag, bleiben sie doch die "Gezeichneten" ihr Leben lang, diese Kinder, die überall unschuldig sind mit der einzigen Ausnahme, daß sie sich gebären ließen...

### KP-Drohungen in Hessen

sp. Zur Vorbereitung der hessischen Gemeindevahlen im April fand in Kassel ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD statt, zu dem Delegierte aus allen Ortsvereinen erschienen waren. Die Stimmung im Hinblick auf das Ergebnis dieser Wahl ist in der SPD durchaus zuversichtlich. Man hat guten Grund zu der Annahme, daß die Erscheinung einer gewissen allgemeinen Wahlmüdigkeit die SPD am wenigsten benachteiligen wird, was sich schon aus der Tatsache herleiten läßt, daß ihre Versammlungen zweifellos am besten besucht sind.

Aufschlußreich ist vor allem die Haltung der Kommunisten, die überall den Sozialdemokraten Angebote machen, entweder gemeinsame Listen aufzustellen oder sonst ein Abkommen für den Wahlkampf zu treffen oder, indem sie versuchen, dort, wo keine örtliche KP-Organisation besteht, den einen oder anderen ihrer Kandidaten auf einer sozialdemokratischen Liste unterzubringen. Überall arbeiten sie dabei, wenn es im Stadium einer ersten, noch freundschaftlich gehaltenen Anfrage zu einer Einigung nicht kommt, mit der Drohung: **Sträubt Euch nicht! In einiger Zeit wird das hier ganz anders aussehen und wir werden uns die merken, die jetzt nicht unseren Wünschen nachkommen wollen! Seht Euch an, wie die Dinge in Prag gelaufen sind!** -

Die SPD hat in Erwiderung dieses Verhaltens ohne Debatte den einstimmigen Beschluß gefaßt, im Wahlkampf keine Versammlungen mit öffentlicher Diskussion, sondern sozialdemokratische Kundgebungen zu veranstalten, weil andere nur den Kommunisten die breite Plattform gegeben würde, die sie sich selbst niemals schaffen können.

### Eine Warnung Labours

sp. Der Vorstand der Labour Party hat vor einigen Tagen eine Warnung an die demokratischen Sozialisten in aller Welt gerichtet, die uns in Deutschland zu wenig beachtet worden zu sein scheint. Ihre Bedeutung ist nicht an den Tag gebunden. Sie zeigt besonders klar, worauf es im Lager des freiheitlichen Sozialismus ankommt. Die Erklärung stellt fest, "daß die Einheit der Tschechoslowakei in einer Woche zerstört wurde, weil die kommunistische Minderheit in der Regierung, aus Angst vor einer Niederlage in freien Wahlen sich entschloß, eine Diktatur zu erzwingen. Es könnte keine klarere Demonstration dafür möglich sein, daß die Kommunisten alle diejenigen als Feinde erklären, die sich nicht ihren geringsten Forderungen bedingungslos ergeben. Aber die Tschechoslowakei lehrt uns noch etwas mehr: Kommunisten können ihr

Ziel nicht erreichen, ohne die Unterstützung einer Minderheit innerhalb des Lagers des demokratischen Sozialismus. So haben in der Tschechoslowakei, wie auch in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, einzelne Sozialisten, indem sie die kommunistischen Angriffe auf die Demokratie erlaubten oder unterstützten, damit zu ihrer eigenen Zerstörung beigetragen".

Weiter heißt es, daß "zum zweiten Male in zehn Jahren die Tschechoslowakei zum Opfer einer Aggression von außen geworden ist durch Verrat von innen. Jeder Versuch, den Sozialismus durch Wirtel zu erreichen, die die Demokratie und die Menschenrechte verletzen, besonders durch die Handhabung einer allgewaltigen Geheimpolizei, muß unvermeidlich zu einer Diktatur führen, die in ihrer Wirkung auf den gewöhnlichen Menschen sich nicht von Faschismus, wie er in Italien und Deutschland existiert hat und wie er noch in Spanien existiert, unterscheidet".

--- --

#### Wie ein Holländer die SPD sah

sp. Der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der Partei der Arbeit in den Niederlanden, Dr. E. van der Goes - van Naters, gibt uns nach eingehendem Studium der SPD-Arbeit einen Bericht über seine Eindrücke. Er schreibt u.a.:

"Der einwöchige Kontakt mit der SPD hat mir einen starken Eindruck vermittelt von dem Selbstvertrauen, das in ihr lebt und das gegründet wird auf das Vertrauen in die demokratischen Kräfte in der Welt.

'Werden wir im Stich gelassen?' fragt man in Berlin. Diese Frage hört man übrigens nicht nur in Berlin und nicht nur in den Reihen der SPD.

Ich kann mich natürlich nicht für die zukünftige Politik der amerikanischen Regierung verbürgen, aber ich kann wohl mit Sicherheit etwas sagen über die Redlichkeit und Vernunft in der amerikanischen Politik und den Sinn des Marshall-Planes. Es wäre sinnlos, Milliarden Dollars für den Wiederaufbau Europas aufzuwenden, wenn man nicht damit die Absicht verbinden würde, Europa zu halten. Man würde damit ja nicht nur eine europäische Aufgabe, sondern auch die eigene amerikanische Sache im Stich lassen.

Es spielen aber außer Amerika auch europäische Länder eine Rolle. Und in diesem Spiel werden die westlichen Länder, die durch Hitlers Krieg erschöpft wurden, fortwährend stärker. Die gegenwärtigen Verhandlungen in Brüssel gelten einer Union des Friedens, die mehr als 100 Mill. Menschen umfaßt. Ein enges Band zwischen ihnen wird auch die übrigen 11 Teilnehmer am Marshall-Plan umschließen. Dazu gehört auch der Teil Deutschlands, der für den Westen offen steht.

Zweifelloos muß noch ein Abstieg überbrückt werden, der auf geistigen Gebiet zwischen Deutschland und Westeuropa liegt. Mehr als alle anderen ist der Sozialismus imstande, diese Brücke zu sein. Mit Gleichgesinnten vereint in der Organisation der Internationalen Sozialistischen Konferenz in London, kann die SPD eine gleichgerichtete sozialistisch-demokratische Politik führen.

--- --

Verantwortlich: Peter Rannau